

Einleitung

In weiten Teilen des globalen Nordens entfalten sich zunehmend individuelle Empfindungen von wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedrohung, die sich zu einem kollektiven Empfinden des Niedergangs verdichten. Es entwickeln sich hinreichend übereinstimmende Situationseinschätzungen, Handlungsziele und lebensbeschreibende Narrative, aus denen stabile individuelle politische Identitäten und systemgefährdende kollektive Haltungen resultieren.

In besonderer Weise zeigt sich dies in Deutschland mit seinem seit der Nachkriegszeit stets exportlastigen und damit von internationalen Entwicklungen abhängigen Geschäftsmodell, dessen wirtschaftliche Erfolge hohe soziale und kulturelle Integrationsleistungen mit sich brachten. Wie in den meisten Industrieländern gerät jedoch auch in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung ins Stocken. Neben inländischen Wachstumshemmnissen wie beispielsweise Fachkräftemangel, Investitionsstau oder Bürokratiebelastung wirken auch das allgemeine Erlahmen der Wachstumskräfte in wichtigen Abnahmeländern und der stärker werdende Protektionismus offenkundig negativ. Das bisher scheinbar vorbehaltlos gegebene Expansionsversprechen wird abgelöst durch Vorstellungen eines dauerhaften Null- oder sogar Negativ-Wachstums. Verstärkt wird diese Tendenz durch die ökonomischen Wirkungen von nicht unmittelbar wirtschaftlichen Einflussfaktoren aus den Bereichen Demografie, Technologie, Ökologie und Gesundheit. Darüber hinaus ist durch den russischen Krieg gegen die Ukraine eine nicht abschätzbare neue Gefahrenlage eingetreten, die neben nicht messbarem menschlichem Leid auch zu gravierenden materiellen Wohlstandsverlusten und allgemeiner Verunsicherung führt. Insgesamt entsteht eine Atmosphäre des Ausgeliefertseins an Kräfte, die von den gewohnten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Eliten nicht mehr ausreichend eingehegt werden können.

Obwohl die Dimensionen dieser Zäsuren noch nicht ganz überschaubar sind, lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass grundlegende Störungen im bisher stabil erscheinenden sozioökonomischen Gefüge um sich greifen. Der wirtschaftliche Stress wirkt tief in die alltägliche Lebenswelt hinein. Gewohnte und angestrebte Lebensstile, institutionelle Sicherheiten und kulturelle Strukturierungen stehen in bisher unerwarteter Weise zur Disposition und wecken bei vielen Menschen die Angst, das eigene und das familiäre Leben nicht mehr befriedigend bewältigen zu können. Da seit der Nachkriegszeit von einer scheinbar naturgesetzlichen Ausweitung wirtschaftlicher Leistungserstellung ausgegangen und jede drohende Schwierigkeit mit einer als hoffnungsgebend interpretierten naiven Wachstumserzählung gekontert wurde, konnten Fragen nach den Folgen einer Gesellschaft ohne längerfristiges wirtschaftliches Wachstum gar nicht erst aufkommen. Man fand keinen Abstand zu der Basisannahme, dass man die Probleme mittels instrumenteller Steuerung handhaben könne und stets zum Wachstum zurückfinden würde.

Dies hat lange funktioniert – nicht zuletzt aufgrund der bewussten und unbewussten Ausklammerung von tiefgreifenden Umweltbelastungen sowie der unzureichenden Auseinandersetzung mit technischen Entwicklungen und den immer größer werdenden Verteilungsungleichheiten bei Einkommen, Vermögen und Zugängen zu öffentlichen Gütern. Entsprechend dieser verschobenen Realitätswahrnehmung lagen und liegen die Reaktionen noch immer in einem weiten Feld zwischen wirtschaftspolitischen Diskussionen über praktische Maßnahmen zur temporären Konsumunterstützung oder zu überbrückenden Subventionierungen und sozialpolitischen Forderungen zur Einschränkung von staatlichen Leistungen. Die problematische öffentliche Engführung dieser Reaktionen auf unerklärte komplexe Konstellationen wird durch den Umgang mit potenziell unangenehmen Informationen gestützt. Sie reicht von naiven Rationalisierungen über das Beiseiteschieben oder Leugnen heikler Evidenz bis hin zur bewussten Manipulation der Ursachenerklärungen.

Diese defizitäre Sicht auf die Grundlagen und die praktischen Verlaufsformen von Wirtschaft, Gesellschaft und staatlichen Institutionen ist auch der Wissenschaft, insbesondere in ihrer politikberatenden Funktion, geschuldet. Eine wesentliche inhaltliche Klammer des einflussreichen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams und der daran angelehnten Sozialwissenschaften bildeten die scheinbar unbestreitbare, quasi-monopolistische Wachstumsbehauptung sowie die Ausrichtung aller Maßnahmen an ihr. Diese teilweise betriebsblinde Selbstgestaltung der Politikberatung verengte die Betrachtung

von politischen Handlungsoptionen. Ein Loskommen von dieser Praxis ist nur schwer möglich. »The difficulty lies not in the new ideas, but in escaping from the old ones« (Keynes 1936, xxiii).

Es existieren mithin keine fundierten Vorstellungen über die Bewältigung einer solchen Herausforderung der Wohlstandssicherung ohne Wachstum und eventuell notwendiger Zumutungen durch Konsumbeschränkungen, auf die man in der öffentlichen Meinungsbildung zurückgreifen könnte. Die politische Antwortautomatik zielt stets auf Versuche, zu den »tradierten« Wachstumsszenarien zurückzukehren und die als erfolgreich eingeschätzte Vergangenheit zu revitalisieren. Außen vor bleiben dabei ernsthafte Erkundungen von möglichen Entwicklungspfaden ohne Wachstumsnotwendigkeiten sowie von deren Wirkungen auf das gesellschaftliche Integrationsvermögen und auf die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung demokratischer Strukturen. Eine solche Exploration kann jedoch nur durch eine Überschreitung gewohnter Betrachtungsweisen und durch Einbezug der thematisch betroffenen Fachdisziplinen erfolgen.

Spätestens beim Einbezug der Schädigung der natürlichen Umwelt in den Betrachtungshorizont werden die notwendigen Überschreitungen offensichtlich. Betreffen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedrohungen vorwiegend Standardeinbußen, so geht es bei Umweltbedrohungen zunehmend um Fragen des Überlebens. Dennoch treten erstere in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit dominanter auf und verstellen so den Blick auf immer drängendere Handlungsnotwendigkeiten angesichts von Strukturbrüchen beim Erhalt von Klimastabilität und Biodiversität, die sich einer rationalen Gestaltung zu entziehen scheinen und eine eigene Dynamik entfalten. Während die Diagnose bevorstehender Kippunkte beim Naturverbrauch und bei den erwartbaren Folgen der Umweltzerstörung wissenschaftlich weitgehend unstrittig ist und mit jedem Katastrophenereignis offensichtlicher wird, gibt es schwer erklärliche Hemmnisse bei der Abhilfe. Die Ursachen für diese Handlungshürden reichen von Zweifeln an Sachverhaltsdarstellungen über das Verdrängen und Leugnen von Tatsachen bis hin zu demonstrativ schädlichem Verhalten. Damit bestehen kaum noch Durchsetzungschancen für ein grundlegendes Umsteuern. Resiliente Infrastrukturen und der Katastrophenschutz rücken daher in den Vordergrund. Daran knüpfen dann wiederum ernste Fragen der Finanzierung und der letztlichen Lastentragung an (z.B. hitzeresistente Städte, Hochwasserschutz inkl. Verlagerung von Siedlungen, Sturmvorsorge).

Sowohl die wohlfahrtsstaatlichen Mehrbelastungen aufgrund eines nicht mehr ausreichenden oder ausbleibenden Wachstums und gleichzeitig problematischer Einkommens- und Vermögensverteilungen als auch die enormen Belastungen aus Umweltschäden führen den Staat an seine Finanzierungsgrenzen. Aus Sicht einer wachstumsgewohnten und -verwöhnten Gesellschaft erscheint dies als ein Bündel von Zumutungen, die aus dem Versagen der Politiker-Elite resultieren. Deren bisher stets um Beruhigung bemühte Versprechen stoßen immer öfter auf Skepsis und Ablehnung, zumal Einkommensverluste und Abstiegsbedrohungen in der sozialen Umgebung spürbar werden. Aus einer den handelnden demokratischen Politikern zugeschriebenen Krise wird unter der Hand eine Krise demokratischer Institutionen, denen die Vorteilhaftigkeit gegenüber autoritären Herrschaftsformen abgestritten wird und denen man folglich das Vertrauen entzieht. Daraus entsteht eine angespannte Grundstimmung, in der das kombinierte Versprechen von wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlichem Wohlstand in einer weitgehend intakten Umwelt und demokratischen politischen Verhältnissen von großen Teilen der Bevölkerung in Zweifel gezogen wird. Viele sehen die bisherige Erfolgsgeschichte an einem Punkt angekommen, der zu ihrer Fortsetzung autoritäre Strukturen verlangt. Dies ist eine radikale Abkehr von der nahezu unbestrittenen Vorstellung einer zu Ende gekommenen Suche nach der idealen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie sie in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts gesehen wurde und besonders deutlichen Ausdruck in Fukuyamas Buch zum »Ende der Geschichte« (1989) fand.

Der vermeintliche Abschluss gesellschaftlicher Ordnungsfragen behindert dabei noch immer die breite Entwicklung von Modellen, die Wohlfahrtsvorstellungen folgen, die nicht zwingend Wachstum voraussetzen und Anpassungspfade an neue, handlungsbeschränkende gesellschaftliche und ökologische Situationen mithilfe resilienterer Strukturen skizzieren. Eine der Hauptschwierigkeiten wird die Formulierung einer gemeinsamen, geteilten Erzählung sein, die gesellschaftlichen Zusammenhalt auch dann stiftet, wenn aus der Substanz einer Volkswirtschaft umverteilt werden muss und die Zumutungen einer ökologischen Zeitenwende ungleich verteilt werden müssen. Die dafür notwendigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse stellen hohe Anforderungen an die Diskursbereitschaft aller Beteiligten, aber auch an deren Bereitschaft, sich Wissen über komplizierte Sachzusammenhänge anzueignen. Eine zentrale Funktion kommt dabei der Wissenschaft zu, die multiperspektivisch und über die disziplinären Grenzen hinaus bisher wenig hinterfragte und scheinbar gesicherte Annahmen aufschlüsselt und neue

Erklärungsansätze entwickelt, die dann entsprechend aufbereitet in einer interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden können.

Die vorliegende Publikation möchte einen Beitrag zu diesem Prozess leisten. Sie beruht auf einer Tagung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen (IAW) in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutschen Bundesbank – Hauptverwaltung Baden-Württemberg. Unter dem Titel »Wachstum. Wohlstand. Demokratie« sollte der Stand der Debatte unter anderem zum Zusammenhang von Wachstum und Postwachstum, Einkommens- und Vermögensverteilung, Naturverbrauch, Lebensqualität und Demokratie in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen erkundet und sollten Ansatzpunkte für inter- oder transdisziplinäres Weiterdenken aufgespürt werden. Trotz der Dringlichkeit der Problemabhilfe ging es dabei nicht um schnelle Handlungsrezepte, sondern um eine Situationsbeschreibung, an die in weiteren Schritten vernünftig angeknüpft werden kann. Den damit verbundenen Fragen widmete sich die Fortsetzung der Veranstaltung vom Juni 2025, unter dem Motto »Entscheiden und Handeln bei zunehmender Unsicherheit«.¹

Im vorliegenden Band wählt **Rudi Kurz** als Ausgangspunkt der Betrachtung ein aus aktueller wirtschaftspolitischer Sicht kaum vorstellbares Szenario: einen nicht nur konjunkturell bedingten Rückgang von Produktion, Einkommen und Konsum (Rezession), sondern eine viele Jahre anhaltende Minderung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Das gab es bislang nur als regional eng begrenztes Phänomen (z.B. Ruhrgebiet, Rust-Belt in den USA). Der Autor untersucht, wie einem möglichen Megatrend ausbleibenden Wachstums in Deutschland begegnet werden könnte und welche wirtschaftspolitischen Strategien möglich wären. Dabei wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts nicht gleichgesetzt mit allgemeinem Niedergang, Siechtum und Verfall, sondern es wird darin die Chance zu einer hilfreichen Selbstbeschränkung thematisiert. Dazu müsste nach seiner Auffassung auch die Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand beendet und eine breit angelegte Wohlstandspolitik implementiert werden, um allfälligen Verteilungskonflikten entgegenzuwirken.

Die Argumentation für eine solche Umorientierung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung wird von **Jürgen Kopfmüller** unterfüttert. Er gibt eine Übersicht zum Grundverständnis des Konzepts der Nachhaltigkeit und

1 Programme zu den Workshops dieser IAW-Reihe: <https://www.iaw.edu/iaw-veranstaltungen-und-seminare.html>

zu möglichen Umsetzungen. Ausgehend von der Historie, der Bedeutung und den Grundgedanken des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung erläutert Kopfmüller notwendige Entscheidungen zugunsten geeigneter Nachhaltigkeitskonzepte und skizziert mit der Internalisierung externer Kosten, der Diskontierung sowie der Rolle von Wirtschaftswachstum drei gerade unter inter- wie intragenerativen Verteilungsgesichtspunkten relevante Themen. Wie grundlegend ihre Bedeutung für die Umsetzung des Leitbilds ist, zeigt sich auch daran, wie kontrovers und politisch aufgeladen sie diskutiert werden. Der Beitrag mündet in Überlegungen zur Rolle der Wissenschaft für und in Transformationsprozessen zugunsten der Nachhaltigkeit sowie zu den dafür erforderlichen Bedingungen.

Das herrschende Verständnis von Wirtschaftswachstum als einem im Normalfall expansiven Prozess ist kaum zu trennen von der gemeinsam geteilten Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit. Wie **Michael Mangold** darlegt, bildete sich in diesem Kontext ein Narrativ des Wachstums heraus, das im kulturellen Grundverständnis verankert und politisch in Dienst gestellt wurde. Unter dem Begriff »Soziale Marktwirtschaft« schuf die erfolgreiche Wachstumspolitik zugleich die Basis für eine sozial beruhigende gesellschaftliche Integration, die bis heute als Bezugspunkt politischen Handelns gilt. Im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung blieb dabei die Verankerung und Entfaltung der liberalen Demokratie. Bei Ausbleiben der materiellen Wohlfandeffekte – so der Fluchtpunkt des Beitrags – ist daher damit zu rechnen, dass das mangelnde Wissen um und über die notwendigen Voraussetzungen demokratischer Gesellschaften zu deren Krise führen kann.

Uwe Pfenning weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die dominierenden wirtschaftswissenschaftlich geprägten Konzepte zur Beschreibung sozialer, gesellschaftlicher und kultureller Phänomene zu kurz greifen. Anhand von Gemeinschaftsaufgaben wie der Bereitstellung von Infrastrukturen oder der sozialen Sicherung zeigt er, dass insbesondere neoliberale Modelle wegen ihrer sehr eng geführten Menschenbilder, der damit verbundenen unterkomplexen Handlungsbeschreibungen und der in der politischen Praxis daraus gefolgerten Marktradikalität zu gefährlichen Instrumenten werden können, welche die soziale und die ökologische Nachhaltigkeit verhindern. Er gibt am Ende eine nicht abschließende Übersicht zu den mit neoliberalen Mitteln nicht gelösten Problemen aktueller Gesellschaften und verweist so implizit auf ein noch ausstehendes Konzept für einen Ausweg.

Uwe Hochmuth zeigt anhand des existenzbedrohenden Klimawandels und der als ungerecht empfundenen Einkommensverteilung, dass mögli-

che Lösungen für solch komplexe gesellschaftliche Probleme in liberalen Demokratien nicht durch scheinbar unstrittige modellbasierte technische Maßnahmen erreicht werden können und auch nicht im Verordnungsweg zu finden sind. Es braucht dazu vielmehr öffentliche Diskurse zur Meinungs- und Willensbildung, aus denen eine möglichst allgemeine Akzeptanz und Legitimation für über demokratische Institutionen gestaltete Regelungen entsteht. Den originären Ort für solche Deliberationsprozesse sieht er in den Kommunen mit der dort sicht- und erfahrbaren Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen.

Während Pfennig und Hochmuth in ihren Kapiteln kritisch Bezug nehmen auf neoklassische Modelle in der Politikberatung, führt **Werner Röger** aus, dass diese Modelle in den öffentlichen Diskursen um wirtschaftspolitische Maßnahmen einen hilfreichen Beitrag leisten können und dass sie auch in Modellsituationen mit Wachstumsschwächen funktionieren. Genau solche Situationen seien in den kommenden Jahren in den entwickelten Industrieländern zu erwarten. Röger skizziert mithilfe des neoklassischen Wachstumsmodells ein Nullwachstumsszenario. Aufgrund des Rückgangs von Erweiterungsinvestitionen prognostiziert das Modell als gesellschaftspolitisch bedeutsamste Konsequenzen einen Anstieg ausgeschütteter Gewinne am verfügbaren Einkommen sowie einen Anstieg des Vermögens als Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Daraus lässt sich die vermögenspolitische Empfehlung ableiten, den Anteil von Lohneinkommensbezieher*innen am Gesamtvermögen zu erhöhen. Der Autor diskutiert zwei alternative Strategien: eine stärkere Kapitaldeckung der Rentenversicherung über den Aufbau eines Kapitalfonds und als Alternative eine Vermögenssteuer.

Nach Anregungen und Impulsen jenseits der Standardökonomie suchen **Jürgen Volkert** und **Hugo Winters**. Aufbauend auf der Kritik von Ökonomen an der Standardökonomik in den letzten Jahren und einer Erörterung der Konzeptionen von Adam Smith sowie des Utilitarismus analysiert der Beitrag zunächst die Ursachen des Weiterentwicklungsbedarfs der Standardökonomik. Anschließend veranschaulichen die Autoren exemplarisch die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Folgen eines standardökonomischen Denkmusters. Im Anschluss wird aufgezeigt und diskutiert, inwieweit der Capability-Ansatz Beiträge zur Weiterentwicklung der Ökonomik leisten kann, aber auch, wo er an Grenzen stößt.

Eine noch deutlich weiterreichende Ausdehnung des Betrachtungsrahmens nimmt **Christiane Heibach** vor. Sie beschäftigt sich mit Denk- und Diskursstrukturen, die sich in den Diskussionen um Umweltschutz und

Klimawandel seit den 1960er/70er-Jahren in den Kulturwissenschaften beobachten lassen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den letzten Jahren, in denen Klimawandel und Nachhaltigkeit als brennende Probleme der Gegenwart sowohl in den Kulturwissenschaften als auch in der Kunst zunehmend reflektiert werden. In beiden Bereichen werden spekulative Szenarien entworfen, um die Dringlichkeit des Umdenkens, verbunden mit einem Handlungsimperativ, deutlich zu machen. Gegenüber den 1960er/70er-Jahren erfolgt dabei eine Abwendung von anthropozentrischen Modellierungen der Problemlagen zugunsten von Konzepten für eine arten- und generationengerechte Zukunft, in denen die Rolle des Menschen im ökologischen Netzwerk radikal neu, nämlich dezentriert, gedacht wird.

Von dieser um Kultur erweiterten Perspektive der Analyse geht **Joachim Spangenberg** abschließend über zu einer politischen Sichtweise, deren Ausgangspunkt die Abhängigkeit des Sozialstaats von seiner Finanzierung über anhaltendes Wirtschaftswachstum ist. Auch er verweist auf die begründete Annahme, dass ein solches Wachstum aufgrund der sich rapide akkumulierenden Umweltkosten nicht dauerhaft zur Verfügung stehen wird. Da mit einem Postwachstum das Steueraufkommen sinkt, gibt es nach Spangenberg drei zentrale Ansatzpunkte, um einen Kollaps zu vermeiden: Verringerung des Transferbedarfs durch eine gerechtere Verteilung der Primäreinkommen, Ersatz bezahlter Care-Arbeit durch (mit Anreizen unterstützte) unbezahlte Arbeit sowie Sicherung des Restbedarfs durch Verlagerung der Einnahmebasis auf eine nicht wachstumsabhängige Basis. Für eine solche Wende, so Spangenberg, fehlt jedoch bisher der öffentliche Druck wie auch der Wille der Politik.

Dieser Beitrag schafft einen Übergang zur Tagung im Juni 2025 (»Entscheiden und Handeln bei zunehmender Unsicherheit«), die den ersten Workshop des IAW zum Themenkomplex Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Demokratie fortsetzt.² Die Öffnung des traditionellen Untersuchungshorizonts der Wirtschaftswissenschaften und der Einbezug von Erkenntnissen aus Soziologie, Politikwissenschaft, Klimaforschung sowie Kulturwissenschaften kann auch als Beleg für die Bereitschaft des Autorenteams gewertet werden, zukünftig enger zusammenzuarbeiten, dabei Forschungsgrundlagen zu überprüfen und gegebenenfalls eigene Grenzen zu überschreiten.

2 Die Publikation zum Workshop erscheint 2026 unter: »Wachstum. Wohlstand. Demokratie / zwei. Vom Wahrnehmen zum Handeln«.

Stellvertretend für das IAW danken wir dem wissenschaftlichen Direktor und Kollegen, Bernhard Boockmann für die Bereitschaft, diese Öffnung zu unterstützen. Der Workshop im Juni 2024 fand in den Räumen der Deutschen Bundesbank in Stuttgart statt und auch die Folgeveranstaltung im Juni 2025 konnte dort ausgerichtet werden. Für die hervorragenden Arbeitsbedingungen in der Hauptverwaltung in Baden-Württemberg, die hilfreiche Unterstützung bei der Durchführung und die insgesamt sehr angenehme Kooperation mit Dr. Andreas Schuler aus dem Team der Präsidentin Dr. Patricia Staab bedanken sich die Herausgeber ganz besonders. Für die stets an der Freiheit der Wissenschaft orientierte Zusammenarbeit und die großzügige finanzielle Unterstützung der Veranstaltung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung ist an dieser Stelle insbesondere Florian Koch, dem Landesvertreter der Stiftung, ebenfalls herzlich zu danken.

Jede Veranstaltung und jede daraus hervorgehende Publikation erfordert gleichermaßen kompetente wie zuverlässige Unterstützung durch unterschiedliche Fachkräfte, die ansonsten im Hintergrund bleiben. In diesem Sinne möchten wir Sebastian Habicht und Birgit Ullrich vom IAW in den Vordergrund stellen. Aus der unerlässlichen Hintergrundarbeit möchten wir schließlich auch Stephanie Kaiser-Dauer hervorheben, die seit Beginn der 1990er-Jahre immer wieder bei der Überarbeitung unserer Texte ihre Fähigkeiten als »Kaiserin« einbringt. Selbstverständlich liegen verbleibende Schwächen der Beiträge gleichwohl in der Verantwortung der Autoren.

Die Vorbereitung von Workshops, die daraus hervorgehenden Publikationen sowie die Fortführung der Arbeit in Forschungsprojekten setzt jeweils ein die Kreativität förderliches Umfeld voraus. Die Herausgeber fanden ein solches während zahlreicher Sitzungen im Gasthof Seehaus bei Pforzheim. Das ebenso freundliche wie geduldige Personal muss mit der Fortsetzung dieser oftmals lange währenden Besprechungsrunden rechnen. Letztlich wären ohne einen engagierten Verlag auch unsere Manuskripte in der Schublade verschwunden oder hätten sich in der Diaspora des Internets verloren. Dass dies nicht der Fall war, ist Valentin Müller und Michael Volkmer vom transcript Verlag zu danken. Herr Volkmer nahm auch an unserem Workshop teil und zeigte von Beginn an ausgeprägtes Interesse an unserem Publikationsvorhaben. Dafür, dass schließlich das Manuskript in ein Buch überführt werden konnte, sorgte in kompetenter und angenehmer Weise Rebecca Hohnhaus von transcript, deren freundliche Dienste auch weiterhin in Anspruch genommen werden, da der Verlag bereit war, sich auf unser Vorhaben einer Publikationsreihe einzulassen. Diesen Verlegermut – schließlich widmet sich der erste Band

den Problemlagen sowie der Erarbeitung von Fragestellungen, ohne zugleich (populäre) Lösungen anzubieten – möchten wir belohnen durch die Ausrichtung des Folgebandes. Er wird die schrittweise Annäherungen an mögliche Problemlösungen ins Zentrum stellen.

Karlsruhe, Mühlhausen und Tübingen, Mai 2025

Literatur

Fukuyama, Francis (1989): The End of History, in: The National Interest, No. 16, S. 3–18.

Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London.